Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/551

25. 06. 87

Sachgebiet 806

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 11/98 —

Berufsbildungsbericht 1987

Die Konsolidierung des Lehrstellenmarktes setzt sich entsprechend den Prognosen im Berufsbildungsbericht 1987 weiter fort. So hat sich im Mai 1987 gegenüber dem Vorjahr die Zahl der den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsplätze um 9,5 % erhöht, während gleichzeitig die Zahl der gemeldeten Bewerber sich um 7,8 % verringert hat. Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze hat sich um 35,9 % auf 132 452 erhöht. Diese Trendmeldungen lassen erwarten, daß bei anhaltender hoher Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft und Verwaltungen zum 30. September die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze in etwa die gleiche Höhe erreicht wie die Zahl der gemeldeten Bewerber.

Der Bundestag wolle beschließen:

Um dafür Sorge zu tragen, daß nach Möglichkeit 1987 jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhalten kann, erwartet der Deutsche Bundestag:

1. In den nächsten Monaten muß durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit bei den Betrieben dafür Sorge getragen werden, daß die Ausbildungsbereitschaft weiter steigt, zumindest nicht nachläßt.

2. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, damit das Ausbildungsplatzangebot bei Bund, Ländern und Gemeinden sowie bei Bundesbahn und Bundespost auf der Höhe des Vorjahres verbleibt oder erhöht wird.

3. Durch geeignete Maßnahmen müssen die Jugendlichen darauf hingewiesen werden, daß vor allem im gewerblich-technischen Bereich gute Berufs- und Ausbildungschancen bestehen.

4. Die Anstrengungen, junge Frauen für gewerblich-technische Berufe zu interessieren, müssen konsequent fortgesetzt wer-

den. Insbesondere bedarf es hierzu einer Einstellungsveränderung in der Personalpolitik der Betriebe, jungen Frauen nach einer abgeschlossenen Ausbildung im gewerblich-technischen Bereich auch entsprechende Arbeitsplätze anzubieten.

5. Auch in diesem Jahr muß von den Jugendlichen regionale Mobilität erwartet werden. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß der Ausbildungsplatz in einer anderen Region vielfach nicht ausreicht, bei den jungen Menschen Mobilität zu erreichen. Vielmehr ist auch die soziale Betreuung der Jugendlichen in fremder Umgebung von besonderer Wichtigkeit. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, mit den freien gesellschaftlichen Gruppen über Verbesserungsmöglichkeiten sozialer Betreuung von Auszubildenden Gespräche zu führen und gegebenenfalls entsprechende Hilfsmaßnahmen zu entwickeln.

6. Die Bundesregierung muß bei der Bundesanstalt für Arbeit darauf drängen, daß auch im nächsten Jahr für das Benachteiligtenprogramm ausreichend Mittel zur Verfügung stehen.

7. Die Bundesregierung soll in Gesprächen mit den Sozialpartnern darauf hinwirken, daß eine Differenzierung von Ausbildungsordnungen hinsichtlich des jeweiligen Anspruchsniveaus erhalten bleibt. Es darf nicht zugelassen werden, daß immer mehr Jugendliche nur deshalb ohne jede berufliche Qualifizierung bleiben, weil das Anspruchsniveau neuer Ausbildungsordnungen immer mehr in die Höhe geschraubt wird.

8. Um die Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen nach der Ausbildung zu verbessern, muß die Palette der Weiterbildungsmöglichkeiten auch in der Eigenverantwortung der Betriebe weiter ausgebaut werden. Eine „Konzertierte Aktion Weiterbildung", an der sich alle für den Ausbau der Weiterbildung Verantwortlichen beteiligen, wäre hierzu ein wesentlicher Beitrag.

Bonn, den 25. Juni 1987

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion
Mischnick und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333